



KOMMENTAR

GROSSE VERANTWORTUNG

Die Aufnahme und Versorgung der Flüchtlinge und noch mehr ihre Integration stellen uns vor große Herausforderungen: die Politik, die folgenschwere Entscheidungen treffen muss; Behörden, Hilfsorganisationen, die Kirchen und freiwillige Helfer, die enorme Kraftanstrengungen leisten müssen; die Gesellschaft als Ganzes, weil die Bevölkerung in der Flüchtlingsfrage tief gespalten, ihr Zusammenhalt in Gefahr ist.

Nicht weniger fordert die Situation Journalisten heraus. Viele Menschen misstrauen den Medien, zweifeln an deren Objektivität. Die „Lügenpresse“-Rufe sind dabei nur die Spitze des Eisbergs: Bei einer Allensbach-Umfrage vor einem halben Jahr kritisierten 41 Prozent der Befragten die Berichterstattung über die Flüchtlingsthematik als einseitig, 53 Prozent vertraten die Ansicht, die Medien zeichneten ein Bild von den Flüchtlingen, das nicht der Realität entspreche.

Die Nachrichten und die Kommentare des Publikums sind emotional aufgeladen wie selten zuvor. Umstritten ist dabei nicht nur, ob und in welchem Ausmaß es Deutschland schafft, eine noch unbestimmbare Anzahl von Menschen aus fremden Kulturen aufzunehmen.

Die Debatte hat noch an politischer Sprengkraft zugelegt: Die sexuellen Übergriffe in der Silvesternacht oder die Bluttat eines jungen Flüchtlings in einer bayerischen Regionalbahn liefern jenen Menschen Argumente, die die Sicherheit und Ordnung des Landes in Gefahr sehen. So abscheulich die Taten sind – es sind zum Glück nur Einzelfälle, die nicht repräsentativ sind für die große Zahl der Menschen, die bei uns Zuflucht suchen.

Doch die Verunsicherung ist da. Die Medien haben in dieser Situation eine große Verantwortung, Ängste und Vorurteile nicht noch zusätzlich zu schüren. Auch wenn Parteien am rechten Rand jeden Vorfall ausschlachten, um auf Stimmenfang zu gehen: Die Medien dürfen hierfür – auch nicht ungewollt – eine Bühne zur Verfügung stellen. Sie müssen die Kriterien ihrer Nachrichtenauswahl und -gewichtung ständig prüfen. Dabei geht es nicht darum, Probleme auszublenden oder zu verharmlosen, sondern eine Verzerrung der Realität durch einseitiges Hervorheben von Konflikten zu vermeiden. Nötig ist sachliche, umfassende Aufklärungsarbeit.

Weitere Beispiele, weshalb das journalistische Handeln in der Flüchtlingsthematik noch mehr als sonst zu reflektieren ist:

Erstens: Das Thema ist zu komplex, um es auf einen Streit zwischen zwei Handlungsweisen oder Akteuren zu reduzieren: „Wir schaffen das“ vs. „Grenzen dicht machen“, Merkel vs. Seehofer.

Zweitens: der schmale Grad zwischen Empathie und kritischer Distanz. Inwieweit dürfen sich Journalisten von menschlichen Schicksalen beeinflussen lassen? Dürfen sie sich in ihrer Rolle als Berichterstatter gemeinsam mit einer guten Sache, etwa dem Engagement von Flüchtlingshelfern?

Drittens: Die Wahl der Sprache und der Bilder, „Flüchtlingsströme“ und anonyme Massen. Flüchtlinge dürfen nicht nur dann ein Gesicht bekommen, wenn sie kriminell werden.

Viertens: Die Nationalität soll in der Polizeiberichterstattung grundsätzlich nur dann erwähnt werden, wenn sie relevant ist für Tathergang und Aufklärung. Gilt das auch immer bei Verbrechen, die mutmaßlich von Flüchtlingen begangen wurden?

Und fünftens: der Umfang der Berichterstattung. Die Flüchtlingsthematik wird uns noch lange beschäftigen. Angesichts der schieren Flut der Nachrichten und Sondersendungen drohen beim Publikum Ohnmacht und Desinteresse.

Christian Klenk

Alle früheren Kommentare finden Sie im GKP-Internetauftritt unter: www.gkp.de/mitglieder/kommentare